SPD im Kreis Offenbach, Samstag, 18. Juli 2026

AG 60 plus auch im heißen Juli aktiv

Auch hohe Temperaturen haben den Vorstand der SPD-Senioren nicht davon abgehalten, im Roten Salon der Dietzenbacher Lehrstraße aktuelle Probleme zu besprechen.

Zwar haben Bundestag und Bundesrat am 10. Juli das Rentenpaket und die Gesundheitsreform 2026 beschlossen. Aber es bleiben noch eine Menge Fragen zu klären.

Die Menschen im Kreis und in der Region sorgen sich vor allem um die medizinische Versorgung. Die Gespräche und Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft 60 plus hatten ja schon vor einem Jahr offenbart, wie groß das Problem ist. Einen Termin beim Facharzt zu bekommen, ist oft nicht so leicht. Es wird zunehmend schwieriger, überhaupt einen Arzt zu finden. Da viele praktizierende Ärzte schon fortgeschrittenen Alters sind, demnächst ausscheiden und jüngere zögern, Praxen zu übernehmen, entsteht eine gefährliche Lücke.

Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus sucht das Gespräch mit kommunalen Entscheidungsträgern, Medizinern, Krankenkassen und Verbänden, damit attraktive Lösungen für Ärzte und Patienten geschaffen werden.

Ältere Mitmenschen leiden bei Hitze besonders.

Die AG 60 plus setzt sich dafür ein, dass die Temperaturen durch Pflanzen, geschickte Planung und bei Bedarf durch feine Sprühnebel gemäßigt werden.

Solche Probleme gibt es nicht nur im Kreis Offenbach. Die hiesige AG 60 plus wird daher auch mit Organisationen außerhalb zusammenarbeiten, vor allem in Hanau und im Main-Kinzig-Kreis.
Das Informationsfreiheitsgesetz berechtigt Journalisten, Bürger und Organisationen, Zugang zu amtlichen Informationen von Bundesbehörden zu erhalten.

Obwohl sicherheitsrelevante Informationen vom Gesetz ausgenommen sind, gibt es Bestrebungen, die Auskunftspflichten „wegen der aktuellen Bedrohungslage“ weiter einzuschränken.

Hier heißt es wachsam zu bleiben, damit Behördenhandeln transparent bleibt. Denn so etliche unkorrekte Verfahrensweisen wie zum Beispiel die Spahn’sche Maskenbeschaffung, die Maut-Skandale, mangelnde Steuerzahlungen bei Banken wären sonst nicht an die Öffentlichkeit gekommen.